Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 161. Dienstag den 10. Juni 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß wir beschlossen haben, die untere Georgenstraße zwischen der Eisenbahn- und Langen Straße in Leipzig-Gohlis in das Eigenthum und Unterhaltung der Stadtgemeinde zu übernehmen.

Leipzig, am 4. Juni 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.

Ib 3045.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit **vom 2. bis 8. Juni 1890** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,4fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,472.

Leipzig, am 9. Juni 1890.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Mittwoch, **den 11. Juni** dieses Jahres sollen von ... Uhr an in dem an der **Harkortstraße** ... gelegenen, sogenannten **Schwägerichen**'schen ...undstück

14 Birnbaum-, 1 Nußbaum-, 1 Birken-, 1 Eichen- und 2 Eschen- **Nutzklötze**,
... Raummeter **Brennscheite** und
... **Abraum** resp. **Schlagreißig**

...ermine noch bekannt zu gebenden Bedingungen ... Baarzahlung an den Meistbietenden verkauft ...

...**nkunft**: im vorgenannten Grundstück.

Leipzig, am 5. Juni 1890.

Des Raths Baudeputation.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 12. d. Mon., soll mit der ...sterung des noch unbefestigten Theiles des Westplatzes, wie der der Alexanderstraße begonnen werden.

Es wird daher

die **südwestliche Hälfte des Westpatzes**, desgleichen die zwischen dem Westplatze und der Wiesenstraße gelegene Strecke der **Promenadenstraße** und die **Alexanderstraße** auf der Strecke zwischen Colonnaden- und Promenadenstraße von dem gedachten Zeitpuncte ab auf die Dauer der Arbeiten

für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, den 6. Juni 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 3440. Dr. Tröndlin. Hennig.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) **3 Stück Canarien-Vögel** (2 Weibchen, 1 Männchen) am 1. d. M.;

2) ein schwarzledernes **Portemonnaie** mit Seitenschloß, enthaltend: **43 ℳ 80 ₰** in einer Doppel- und einfachen Krone, sowie div. Silbermünze, am 1. d. M.;

3) ein schwarzledernes **Portemonnaie** mit gelbem Seitenschlößchen, enthaltend **ca. 15 Mark** in Silber- und Nickelmünze ꝛc., **eine Shlipsnadel** mit Kaiser-Friedrich-Münze und **ein Zehntelloos** Nr. 619 IV. Cl. der letzten sächs. Landeslotterie, am 2. d. M.;

4) eine silberne **Cylinder-Savonett-Uhr** mit Secunde und abgegriffenem Goldrand, auf beiden Seiten gerieft, mit wappenähnlichem Schildchen und anhängender kurzer **(Nickel-Schlangen-) Kette**, am 2. d. M.;

5) ein lebender **Zwerghahn** und eine **Zwerghenne** mit gelbem und rothem, bezw. gelbem und braunem Gefieder, am 2. d. M.;

6) eine **Stoffhose**, gelb- und brauncarrirt, mit anhängenden **Hosenträgern** (unter dem Henkel der Name „Heinrich Thiessen" eingenäht), ein langer dunkelgrauer **Sommerüberzieher** von englischem Stoff, eine graue **Jagd-Joppe** mit grünem Stehkragen und Hirschhornknöpfen, ein schwarzer **Damen-Plüschkragen** mit rothem Futter, 2 weiße **Handtücher**, rothkantig, „O. H." gestickt, 2 weiße **Tischtücher**, eins „C. J." gezeichnet, und eine **Signalpfeife** mit schwarz-weiß-roth-seidener Schnur, vom 1. bis 3. d. M.;

7) ein 2räderiger **Handwagen**, angestrichen, mit eiserner Stütze und eisernen Bügeln, am 2. d. M.;

8) eine ziemlich neue **Hose** von blauem und eine **Weste** von schwarzem gerieften Kammgarnstoff, sowie ein brauner **Filzhut**, am 6. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder über die Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 8. Juni 1890.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
Dr. Schmid. Dr. W.

Gefunden

wurden Anfang vorigen Monats und bezw. an einem der letzten Tage

2 goldene Damen-Uhren.

Die Eigenthümerinnen derselben werden hierdurch aufgefordert, sich, gehörig legitimirt, an unterzeichneter Amtsstelle zu melden.

Leipzig, am 4. Juni 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
II. 3138. Dr. Schmid. Wl.

Bekanntmachung.

Den Herren Einsendern von **Concurrenzentwürfen** für den **Bau einer Kirche** in unserer neuen Andreasgemeinde wird hierdurch bekannt gegeben, daß an Stelle des durch Erkrankung behinderten Herrn Stadtbaurath **Friedrich in Dresden**

Herr Architekt Arwed Rossbach

hierselbst **das Preisrichteramt** auf unser Ersuchen mit übernommen hat.

Leipzig, den 6. Juni 1890.

Der Kirchenvorstand des Andreaskirchspiels.
Schumann, Pf.

Zur Militairvorlage.

Die Verhandlungen der Commission für die Militairvorlage beschäftigen fortdauernd die öffentliche Aufmerksamkeit mehr als alle anderen Vorgänge auf dem Welttheater, sehr natürlich, weil sie sichere Aufschlüsse über die Wehrverhältnisse derjenigen Mächte geben, welche sich in einem zukünftigen Kriege gegenüberstehen werden. Gerade diesen Krieg zu verhindern, sind die großen Anstrengungen bestimmt, welche Deutschland macht, um seine Wehrkraft auf die höchste Stufe zu bringen. Von den Mächten des Dreibundes stellt Deutschland bei Weitem das größte Contingent, nämlich 2 900 000 Mann, mehr als Oesterreich-Ungarn und Italien zusammen genommen, welche über 1 150 000, beziehungsweise 1 090 000 Mann verfügen. Den Streitkräften des Dreibundes, welche hiernach 5 140 000 Mann betragen, können Frankreich und Rußland 5 805 000 Mann gegenüberstellen, nämlich Frankreich 3 226 000 und Rußland 2 579 000 Mann, so daß diese beiden Mächte rund 660 000 Mann mehr ins Feld zu stellen vermögen als der Dreibund. Diese Zahlen reden eine sehr vernehmliche Sprache, und wenn sie auch an sich keineswegs genügen, um die Widerstandskraft der einzelnen Mächte im Kriegsfalle zu erweisen, so stellt die Zahl immerhin eine Bedeutung dar, die bei annähernd gleicher Bewaffnung und militairischer Ausbildung der Mannschaften in vielen Fällen den Ausschlag giebt. Eine Bürgschaft für den Sieg läßt sich überhaupt nicht geben, darauf wirken so viele, vorher nicht feststellbare Kräfte und Einflüsse ein, ja selbst der Zufall, daß es thöricht wäre, sich in dieser Beziehung einer Täuschung hinzugeben. Was der Kriegsverwaltung allein obliegt, ist, die Vorbereitungen für den Krieg in der Weise zu treffen, daß die zu Gebote stehenden Mittel nicht mit den verfügbaren Kräften in Mißverhältniß stehen. Wenn Frankreich die allgemeine Wehrpflicht so vollständig durchführt, wie seit Geltung des neuen Militairgesetzes geschieht, so werden wir dadurch genöthigt, unsere Wehrkraft ebenfalls auf die erreichbare Höhe zu bringen, so daß wir bei dem Ueberschuß an Bevölkerung im Betrage von etwa 9 Millionen die Zahl der französischen Truppen unbedingt überflügeln müssen. Gegenwärtig hat Frankreich noch ein Mehr von 2- bis 300 000 Mann, die aber durch stärkere Heranziehung der vorhandenen wehrfähigen Männer zur Dienstpflicht auf deutscher Seite leicht erreicht und überboten werden können.

Niemand verkennt die Verderblichkeit dieses Wettkampfes, welcher einen Theil der besten Kräfte des in Waffen starrenden Europa aufzehrt, aber wir haben kein Mittel in Händen, uns der Theilnahme an diesem Wettkampfe zu entziehen. Wir können nicht den Standpunct einnehmen wie England, welches sein Landheer in derselben Verfassung läßt, in der es sich schon seit langen Jahren befindet, und sich auf die Vermehrung seiner Flotte beschränkt. Trotz der von allen anderen europäischen Großstaaten abweichenden Verhältnisse Englands hat diese Macht doch den Mangel eines großen Landheeres schon oft tief genug empfunden, aber Englands vorwiegende Eigenschaft als Colonialmacht hat ihm bisher noch immer über die schlimmen Folgen dieses Mangels hinweggeholfen. Ein Blick auf Afghanistan und auf Egypten zeigt, daß diese Folgen früher oder später eintreten müssen, aber der englische Volkscharakter bewahrt auch solcher Gewißheit gegenüber seine Sorglosigkeit und Gleichgiltigkeit.

Deutschland, als die bedeutendste Macht in Mitteleuropa und als Nachbar Frankreichs und Rußlands, ist genöthigt, den Anforderungen seiner geographischen Lage und seiner internationalen Stellung zu genügen selbst auf Kosten seiner wirthschaftlichen Bedürfnisse, solange die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit nicht dadurch lahm gelegt wird. Daß wir von einem solchen Zustande noch weit entfernt sind, ist offenkundig, aber andererseits ist nicht zu bezweifeln, daß wir uns wirthschaftlich viel besser befinden würden, wenn die Ausgaben für Militairzwecke geringer wären. Wir befinden uns in einer Zwangslage, nach welcher zu handeln wirthschaftlich entschieden vortheilhafter ist, als sie zu ignoriren. Das wird auch von allen Verständigen zugegeben, es besteht nur eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob nicht der gleiche Zweck, welcher durch die dreijährige Dienstzeit erreicht wird, auch mit der zweijährigen erreicht werden könnte. In dieser Beziehung stehen dem Drängen der Parteien Sachverständniß und Erfahrung gegenüber. Der Kriegsminister von Verdy sagte noch in der letzten Commissionssitzung, daß die preußische Geschichte zweimal den Beweis der Unzulänglichkeit und der Kostspieligkeit der zweijährigen Ausbildung der Truppen geliefert habe, so daß selbst der begeistertste Anhänger dieses Grundsatzes seine Undurchführbarkeit einsehen müsse.

Wenn wir die Verhandlungen der Commission für die Militairvorlage in ihrer Gesammtheit überblicken, so bleibt als Ergebniß der Eindruck übrig, daß die Nothwendigkeit der beabsichtigten Vermehrung der Artillerie und der geplanten strengen Durchführung der Allgemeinen Wehrpflicht von allen in Betracht kommenden Parteien anerkannt wird, und daß die Opposition lediglich von dem Streben geleitet wird, die Bewilligung an Bedingungen zu knüpfen, welche im Parteiinteresse verwerthet werden können. Das ist ein innerer Widerspruch, welcher seinen Ursprung aus der Entwickelung unserer Parteiverhältnisse herleitet. Es wird bei uns stets viel von Militarismus, vom Ueberwiegen der militairischen Interessen gesprochen, und doch kann kein unbefangen Urtheilender leugnen, daß die deutsche Einheit und die mächtige Weltstellung Deutschlands niemals erreicht worden wäre ohne das schlagfertige Heer, gegen dessen Organisation in den Conflictsjahren 1859 bis 1864 sich Alles, was auf die Bezeichnung liberal Anspruch macht, mit allen Kräften gewehrt hat. Diese Meinung hat seitdem ihre gründliche Widerlegung gefunden, denn die Heeresorganisation, welche von der liberalen Partei in Preußen eine Reihe von Jahren so eifrig bekämpft wurde, ist heute im ganzen Deutschen Reiche eingeführt, und sie ist es, auf welcher unsere Widerstandskraft hauptsächlich beruht.

Die Franzosen wissen ganz genau, daß unsere Kraft auf dieser Organisation beruht, und deshalb haben sie Alles daran gesetzt, sie sich zu eigen zu machen und uns in der Ausführung des Grundgedankens noch zu überbieten. Der Wettkampf ist jetzt auf einem Punct angelangt, wo nur noch zwei Möglichkeiten vorhanden sind: entweder einzugestehen, daß unsere wirthschaftlichen Kräfte nicht ausreichen, um Frankreich auf diesem Wege zu folgen, oder durch die volle Geltendmachung unserer Wehrkraft Frankreich zu zeigen, daß alle seine Anstrengungen nicht ausreichen, um den Unterschied von 9 Millionen Menschen, um welchen Deutschland Frankreich voraus ist, auch nur der Zahl der Soldaten nach auszugleichen. Zur Vermeidung eines Krieges reicht es nicht aus, daß der Anzugreifende der Kräftigere ist, er muß es auch scheinen, denn der großen Menge hat von jeher nur die Zahl imponirt, der wahre Werth ist erst zur Geltung gekommen, wenn die Leidenschaft auf Grund falscher Werthschätzung schon die Oberhand gewonnen hatte.

Leipzig, 10. Juni.

* Der Kaiser trifft am 26. Juni in Kiel ein, um der Segelregatta des Marineregattavereins beizuwohnen. Der Sieger erhält den vom Kaiser gestifteten Wanderpreis.

* Nach dem erst jetzt vollständigen Hofprogramm anläßlich der Anwesenheit des Kronprinzen von Italien in Berlin werden der Post darüber folgende private Mittheilungen gemacht. Der Kronprinz wird von Sr. Majestät dem Kaiser, den Prinzen des Hauses und den in Berlin und Potsdam garnisonirenden Prinzen aus deutschen souverainen Fürstenhäusern empfangen werden, von den Herren seines Hauptquartiers, den Chefs der Cabinette, dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg Dr. v. Achenbach, dem Regierungspräsidenten Graf Hue de Grais, dem stellvertretenden Polizeipräsidenten. Im Schloßhofe werden außer der Ehrenwache des Ersten Garde-Regiments z. F. die Generale und Commandeure der Garnison aufgestellt sein. Vom Stadtschlosse fährt der Kronprinz nach dem Neuen Palais, um dort Ihre Majestät die Kaiserin zu begrüßen, und dann mit den Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften das Frühstück einzunehmen. Dann Besichtigung der Garde-Ulanen-Brigade auf dem Bornstedter Felde. Frühstück bei dem Officiercorps in dessen neuer, am Fuß des Ruinenberges gelegenen Caserne. Nachmittags Fahrt zum Armeerennen nach Hoppegarten. Am 10. (Dienstag) Parade im Lustgarten zu Potsdam, Frühstück im Stadtschloß, Fahrt durch die königl. Gärten, Galatafel im Marmorsaale des Neuen Palais, dann Zapfenstreich. Mittwoch, den 11., Fahrt zur Grundsteinlegung zur Kaiserin Augustakirche zu Berlin, Frühstück beim italienischen Botschafter Grafen Launay. Donnerstag, den 12., Fahrt auf der Havel nach Spandau, dort Uebung der Schießschule, Frühstück, Familientafel bei Ihren königl. Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold im Stadtschlosse zu Potsdam. Musikalische Abendunterhaltung im Neuen Palais. Freitag, den 13., Wasserpartie nach der Pfaueninsel.

* Nach dem „Achtzehnten Bericht über die Wirksamkeit der Kaiser-Wilhelms-Stiftung für deutsche Invaliden für das Jahr 1889" bezifferte sich der Centralfonds der Stiftung am Schlusse des Verwaltungsjahres 1871 auf 4 160 400 ℳ, dagegen am Schlusse des letztvergangenen Jahres nur noch auf 1 281 476 ℳ, so daß derselbe sich in den 19 Jahren um 69,2 Proc. oder beinahe um sieben Zehntel verringert hat. Am Ende des Verwaltungsjahres 1889 setzte sich der Vermögensstand aus Effecten im Nennwerthe von 1 227 950 ℳ, aus Hypotheken im Betrage von 42 600 ℳ, aus dem Guthaben von 1229 ℳ beim Schatzmeister und aus 3986 ℳ baar zusammen. Hierzu treten die gewährten Cautionen und Darlehen nach Abzug der Rückzahlungen auf dieselben mit 5700 ℳ, was die Gesammtsumme von 1 281 476 ℳ ergiebt. Die Einnahmen des Centralfonds der Kaiser-Wilhelms-Stiftung betrugen für die Zeit vom 1. Januar bis 31. December 1889 87 530 ℳ, welchen an Ausgaben 262 286 ℳ gegenüberstehen. Die Zahl der Unterstützten belief sich auf 1999, unter denen 17 Officiere und obere Militairbeamte, 683 Mannschaften vom Feldwebel einschließlich abwärts, 46 Hinterbliebene von Officieren und oberen Militairbeamten und 1253 Hinterbliebene von Mannschaften vom Feldwebel einschließlich abwärts sich befanden. Die gezahlten Unterstützungen erreichten die Summe von 115 387 ℳ 88 ₰, von welchen 93,5 Proc. fortlaufende und 6,5 Proc. einmalige Unterstützungen waren. An Curbeihilfen wurden 3174 ℳ 35 ₰ an 73 Personen, darunter 5 Officiere und höhere Militairbeamte, bewilligt. Der Durchschnittsbetrag der Unterstützungen für jede einzelne Person war 57 ℳ 81 ₰, und zwar war dies der Fall: bei den Officieren und oberen Militairbeamten mit 144 ℳ 12 ₰, bei den Mannschaften vom Feldwebel einschließlich abwärts mit 71 ℳ 49 ₰, bei den Hinterbliebenen von Officieren und oberen Militairbeamten mit 142 ℳ 47 ₰ und bei den Hinterbliebenen von Mannschaften einschließlich vom Feldwebel abwärts mit 44 ℳ 44 ₰. Die Ausgaben der Zweigvereine der Kaiser-Wilhelms-Stiftung im Jahre 1889 bezifferten sich auf 317 226 ℳ

* Aus Metz, 6. Juni, wird der „Schlesischen Zeitung" geschrieben:

Die Zahl der jungen Elsaß-Lothringer, welche sich der deutschen Militairpflicht entziehen und zu diesem Zwecke nach Frankreich übersiedeln, ist zwar in Abnahme begriffen, doch ist sie immer noch ansehnlich genug, wie u. A. aus den zahlreichen gerichtlichen Verurtheilungen hervorgeht. Ein großer Theil der Militairflüchtlinge sieht sich übrigens vor die Wahl gestellt, entweder auf Grund des Fremdengesetzes über die Grenze zurückgebracht und in der Heimath bestraft zu werden, oder sich für die Fremdenlegion auf sechs Jahre anwerben zu lassen. Auf diese Weise erklärt es sich, daß, wie französische Blätter nicht ohne Genugthuung melden, die genannte Legion sich zu durchschnittlich 45 Procent aus Elsaß-Lothringen recrutirt. Von diesen sieht nur ein Bruchtheil die Heimath wieder. Die übrigen erliegen den Strapazen, der schlechten Behandlung und dem ungesunden Klima in Tonkin. An Warnungen seitens der Presse fehlt es nicht. Vielleicht würden dieselben mehr Eindruck machen, wenn in den Localblättern die aus Algier und Tonkin hierher gelangenden amtlichen Todtenscheine veröffentlicht würden. Daß es auch in Altdeutschland nicht überflüssig ist, vor dem Eintritte in die französische Fremdenlegion zu warnen, geht daraus hervor, daß annähernd ein Achtel ihres Bestandes aus altdeutschen Ländern stammt. Bei diesem Anlasse mag noch angeführt werden, daß nach Frankreich auch eine erhebliche Auswanderung von Mädchen stattfindet, welche in größeren Städten, hauptsächlich in Paris, dienstliche Stellungen in Familien und Geschäften suchen. Wie viele davon dem Elende und der Schande anheimfallen, läßt sich natürlich ziffernmäßig nicht feststellen. Soweit aber die Anzahl der unehelichen Kinder von deutschen, in Frankreich lebenden Müttern — solche Kinder werden unter Inanspruchnahme der diplomatischen Vermittelung in die Heimath der Mutter befördert — entsprechende Schlüsse zuläßt, ist die Zahl derselben nicht gering.

* * *

* Die Wiener Morgenblätter erblicken in der Rede des Kaisers beim Empfange der Delegationen mit Genugthuung eine hohe Friedenskundgebung, sowie den klaren überzeugenden Ausdruck vom Fortbestande der Innigkeit und der Festigkeit des Dreibundes. Dieselben erkennen die Nothwendigkeit der Fortentwickelung der militairischen Macht mit Rücksicht auf das diesbezügliche Vorgehen der anderen Staaten an, und daß damit die Monarchie sich als vollwerthiges Mitglied des Dreibundes erhalte. Mehrere Blätter interpretiren die Erklärung des Kaisers, daß in den Balkanländern seit dem vorigen Jahre keine wesentliche Veränderung stattgefunden habe, im Zusammenhange mit den vorjährigen Erklärungen des Kaisers in Betreff Serbiens und Bulgariens dahin, daß die Zustände in Bulgarien auch gegenwärtig befriedigend seien, und daß die serbische Regentschaft die Versicherung, die freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn pflegen zu wollen, im Wesentlichen eingehalten habe.

* Anknüpfend an die Nachricht, daß das in Betreff der Vereinigung der Vororte mit Wien in der niederösterreichischen Statthalterei ausgearbeitete Elaborat gegenwärtig im Ministerium des Innern überprüft wird, widmen mehrere Blätter diesem Gegenstande eingehende Bemerkungen. Das officiöse „Fremdenblatt" erwartet, daß in der Frage der Vereinigung der Vororte mit Wien alle Eifersüchteleien und Sonderansichten hinter dem Gedanken zurücktreten werden, ein einiges Groß-Wien erstehen zu sehen. Bei unbefangener Betrachtung der Sachlage erscheinen die Schwierigkeiten lange nicht so unüberwindlich, als vielfach und insbesondere in den Vororten geglaubt wird. Es sei zweifellos, daß die Vororte bei einer eventuellen Einbeziehung in die Großcommune nur gewinnen können. Aber auch die Commune Wien, welche scheinbar durch die Uebernahme der Vororte in ihren Verband einen schweren Stand hätte, werde sich mit dieser Eventualität vertraut machen müssen. Durch die Vereinigung der Vororte mit Wien wird eine andere wichtige Frage aus der Welt geschafft: die Aufteilung der Gemeindezuschläge. Die Großcommune Wien sei dann in der Lage, mittelst dieser Zuschläge drei Vororten Schulen und Straßen zu bauen, das arg vernachlässigte Armenwesen zu regeln, die sanitären Uebelstände, deren es in den Vororten so viele giebt, zu beheben. — Die „Neue Freie Presse" legt in ihren Ausführungen den größten Nachdruck auf die Nothwendigkeit einer materiellen Hilfe seitens der Regierung bei der Durchführung der Vereinigung der Vororte mit Wien. „Wenn der Staat", betont das Blatt, „der Stadt den Antheil an der Verzehrungssteuer zur freien Benutzung überlassen, die Kosten der Mittelschulen tragen und für die Ausgaben im übertragenen Wirkungskreise einen Ersatz bieten würde, dann würde Wien mit froher Zuversicht an die Mission schreiten, vereint mit den Vororten eine musterhafte Verwaltung zu schaffen."

* Die Führer des siebenbürgisch-sächsischen Volkes haben, wie bereits gestern kurz erwähnt, die sächsischen Reichstagswähler bez. deren Vertrauensmänner zu einem am 17. Juni in Hermannstadt stattfindenden Sachsentage eingeladen, auf dem über die gegenwärtige Lage des Volksstammes und über die Reformarbeiten der Zukunft wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen. Es heißt in dem betreffenden Aufruf:

„Die in unserer Mitte zunehmende Gleichgiltigkeit gegen die Arbeit auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens hat in den Unterzeichneten den Entschluß gereift, zur Berathung der zur Wiedererstarkung unseres Volkes führenden Mittel und Wege eine Versammlung von Reichstagswählern aus allen sächsischen Gauen einzuberufen. Das am 5. Juni 1872 vom Sachsentag in Mediasch geschaffene sächsische Nationalprogramm und das in Fortbildung desselben am 8. und 9. Juni 1881 in Kronstadt vom Centralausschusse der sächsischen Volkspartei beschlossene Reichstagswahlprogramm erweisen sich nach mehr als einer Richtung hin als ergänzungsbedürftig. Manches in denselben ist von der Zeit überholt worden; beide stellen außerdem Richtpuncte nur für das Verhalten der sächsischen Abgeordneten im Reichstage auf, während die für unser Volksthum wichtigere, weil der Bethätigung seiner Kraft freieren Spielraum gewährende Arbeit außerhalb des Reichstages auf dem Gebiete der Volkswirthschaft, des gesellschaftlichen Lebens, der Selbstverwaltung in Gemeinde und Municipium und der geistigen Cultur einer gemeinsamen und planmäßigen Regelung entbehrt. Diese Lücke ist für das sächsische Volk von großem Nachtheile, da wir die Impulse für unsere öffentliche Thätigkeit hauptsächlich von den sächsischen Reichstagsabgeordneten zu empfangen angewiesen sind und unser öffentliches Leben, je nach dem Verhalten der Reichstagsabgeordneten, vorübergehend angeregt wurde oder erschlaffte oder zeitweiliger Zwiespalt unter den Abgeordneten sich auf die Wählerkreise übertrug und zum Schaden unserer gemeinsamen Interessen die freudige Mitarbeit der Volksgenossen in Vereinen, communalen und municipalen Vertretungskörpern lähmte. Das von der Zeit Ueberholte bei Seite zu lassen, das, was uns gemeinsam ist und eint, zum Zielpunct gegenseitig annähernder Reformarbeit in unserem Innenleben zu machen und das, was dieselbe stört und uns trennt, ferne zu halten, erachten wir für dringend nothwendig."

Auf den 16. Juni ist der Centralausschuß der sächsischen Volkspartei zu einer Sitzung nach Hermannstadt von dem Obmann Heinrich Kästner eingeladen worden.

* Aus Riga, 4. Juni, schreibt man der „Post":

Im August vor. Js. machte eine Correspondenz der „Düna-Zeitung" die Runde durch die Pariser und gesammte russische Presse, in welcher zwei hochgeachtete Rigaer Rechtsanwälte angeklagt wurden, während ihres Aufenthalts in Paris an einem öffentlichen Orte Schmähreden auf die russische Regierung gehalten und „Hochs" auf die von letzterer verbannten Balten, wie auf den Fürsten Bismarck ausgebracht zu haben. Namentlich Letzteres hätten sich die anwesenden Franzosen nicht bieten lassen und die beiden Balten mißhandelt. Das erwähnte Blatt und der „Rishski Westnik", wie auch viele andere russische und französische Zeitungen benutzten diesen angeblichen Vorfall zu den wüthendsten Anklagen gegen die „hochverrätherischen" baltischen Deutschen. Die beiden Rechtsanwälte, die in Folge dieser Denunciation zur Ausübung ihres Berufs nicht weiter zugelassen wurden, erhoben sofort gegen die Redacteure der beiden erstgenannten Blätter die Verleumdungsklage, woraufhin auch von den Pariser Polizeibehörden eine Untersuchung eingeleitet wurde. Es erwies sich, daß die Behauptung des Pariser Correspondenten der „Düna-Zeitung" in böswilliger Weise erfunden und nichts vorgefallen war, was auch nur im Entferntesten zu einer Klage hätte Anlaß geben können. Heute nun kam der Proceß gegen die Redacteure Pipirs und Wittwitzki zur Verhandlung. Das Gericht sprach die Angeklagten der Verleumdung und Beleidigung schuldig und verurtheilte Pipirs zu einem Monat Haft und Wittwitzki zu hundert Rubeln Strafe, beziehungsweise im Unvermögensfalle zu zehn Tagen Haft. Der Pariser Correspondent Schulmann entzieht sich der gerichtlichen Ahndung.

* Die vielbesprochene Frage wegen der Anlage eines neuen russischen Kriegshafens in der Ostsee ist nun definitiv dahin entschieden, daß dieselbe bei Libau erfolgen wird. Der Ingenieur Macdonald soll mit der Leitung des Baues, dessen Kosten auf 12 Millionen Rubel veranschlagt sind, betraut werden.

* Aus Petersburg, 7. Juni, wird uns geschrieben: Die Reichsregierung läßt sich in letzterer Zeit die öffent-